

PRESSEMITTEILUNG

Tibet Initiative Deutschland e.V.
Regionalgruppe Hamburg

Kulturhaus Eppendorf
Martinstraße 40
20251 Hamburg

Tel.: 040/479347
Fax: 040/473119

E-Mail: TIDHH@t-online.de
Web: www.tibet-hamburg.de

Internationaler Tag der Menschenrechte / Freitag, 10. Dezember 2004

China: Großmacht ohne Menschenrechte

China hält seit über 50 Jahren Tibet militärisch besetzt

China zerstört die tibetische Kultur

Demonstration: in der Innenstadt Hamburgs vom Museum für Kunst und Gewerbe (Auftaktkundgebung: 16.30 Uhr, Beginn der Demonstration: 17 Uhr) bis zu den Colonnaden (Demonstrationsweg: Mönckebergstr., Bergstr., Jungfernstieg). 50 tibetische Fahnen und Transparente werden mitgeführt.

Kundgebung: in den Colonnaden gegenüber dem Alsterpavillon

Musikstücke des Schülerquartetts "saxagogo" während der Demonstration und der Kundgebung

Friedensgebet des Tibetischen Zentrums e.V. Hamburg in den Colonnaden

Ansprache: Helmut Steckel (Tibet Initiative Deutschland e.V. Hamburg)

Verlesung einer Petition an den Botschafter der Volksrepublik China und an Außenminister Fischer

Verlesung eines Offenen Briefes an den chinesischen Generalkonsul in Hamburg

Die Regionalgruppe Hamburg der Tibet Initiative Deutschland e.V. und das Tibetische Zentrum e.V. Hamburg erinnern am Internationalen Tag der Menschenrechte daran, daß die Volksrepublik China mit beispielloser Härte das von ihr seit 1950 militärisch besetzte Tibet unterdrückt, ausbeutet und die Menschen in ihrem eigenen Land zu einer rechtlosen und unbedeutenden Minderheit degradiert. Wir erinnern daran, daß China trotz aller Beteuerungen, Menschenrechtsdialogen, abgeschlossenen und ratifizierten UN-Konventionen keinen Respekt gegenüber fundamentalen Menschenrechten entwickelt. China ist eine imponierende Wirtschaftsmacht, aber in sozialer und moralischer Hinsicht ein Staat, der tief in seinen alten Gewohnheiten verwurzelt ist und sich von Brutalität, Unmenschlichkeit und ständigen imperialen Ambitionen (Tibet, Taiwan, Xinjiang / Ostturkestan, Hongkong) noch nicht befreien kann.

Die Reise von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Justizministerin Brigitte Zyparis in der Woche der Internationalen Menschenrechte sollte Anlaß sein, die Chinesen und unsere Politiker daran zu erinnern, daß die Menschenrechte im Rechtsstaatsdialog eine zentrale Rolle spielen müssen. Wir sind aufs äußerste besorgt, daß sowohl in China, in Xinjiang, dem früheren Ostturkestan, als auch im militärisch besetzten und annektierten Tibet die Menschenrechte Teil einer politischen Strategie geworden sind, die ausschließlich dem Machterhalt der Einparteienherrschaft dient. Die Menschenrechte werden im Bestreben Chinas um Macht, Expansion und Einfluß nicht ernst genommen und als Marotte des Westens abgetan. Die Volksrepublik China täuscht die Weltöffentlichkeit über ihre Absichten und gaukelt ihr Offenheit und Transparenz vor. Von einem echten demokratischen Prozeß mit einer deutlichen Zunahme bürgerlicher und politischer Rechte ist China noch meilenweit entfernt. An den autoritären Strukturen änderte sich bislang nichts, China häutet sich vielmehr von einer linken, ehemals kommunistischen Diktatur in eine rechte mit starken nationalistischen Zügen.

Auf der Kundgebung wird Helmut Steckel, der Sprecher der Tibet Initiative Deutschland Hamburg, in seinem Redebeitrag fragen, wann China endlich seine eigene Verfassung respektiert und seine Gesetze beachtet. Das chinesische Justizsystem hat keinen rechtlichen Rahmen, in dem faire Gerichtsprozesse stattfinden können. Eine vorhandene Ordnung, die den Angeklagten Schutz zugesteht, wird immer wieder unterlaufen. Die Gerichte sind nicht unabhängig. Im Artikel 36 der chinesischen Verfassung heißt es: "*Die Bürger der VR China genießen die Glaubensfreiheit. Kein Staatsorgan, keine gesellschaftliche Organisation und keine Einzelperson darf Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen.*" In Tibet ist die Religionsfreiheit und die religiöse Praxis eingeschränkt. Der chinesische Staat verletzt die chinesische Verfassung und die im Völkerrecht verbürgten Grundrechte.

Westliche Delegationen müssen auf die Einhaltung der Menschenrechtsverträge und der gegenüber der UNO und WTO eingegangenen Verpflichtungen bestehen und konkrete Resultate einfordern. China darf nicht das Land mit der weltweit höchsten Rate von Hinrichtungen sein. Der hohe tibetische Geistliche *Tenzin Delek Rinpoche* wurde wegen angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffattentat zum Tode verurteilt. Eine Hinrichtung soll bis zum 25. Januar 2005 erfolgen. China muß auch seine Arbeitslager (laogai) auflösen. Die in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern inhaftierten politischen Gefangenen sind freizulassen.

Die Folter von Gefangenen und Untersuchungshäftlingen muß eingestellt werden. Es reicht nicht, daß die *UN-Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Behandlung oder Bestrafung* unterschrieben und ratifiziert worden ist, sie muß auch umgesetzt werden.

China macht sich den globalen Anti-Terror-Kampf zunutze, um friedliche tibetische Proteste brutal zu unterdrücken. Die Anti-Terror-Gesetze richten sich gezielt gegen Tibeter und Uiguren.

Gespräche der chinesischen Regierung mit den Gesandten des *Dalai Lamas* sollten regelmäßig stattfinden und zu befriedigenden Ergebnissen führen.

Entwicklungsprojekte in Tibet - wie etwa das *Eisenbahnprojekt von Golmud nach Lhasa*, das *Nord-Süd-Wasserumleitungsprojekt*, wie alle Pläne zur Modernisierung des Landes müssen mit grundsätzlicher tibetischer Beteiligung durchgeführt werden. Die Modernisierung kommt den Tibetern nicht zugute. Nutznießer aller Entwicklungsprojekte sind größtenteils die industrialisierten Regionen von China.

Der Lebensunterhalt der Tibeter ist äußerst niedrig. Die von der chinesischen Regierung in Tibet durchgeführten Entwicklungsprogramme, die von massiver Korruption, Diskriminierung, willkürlichen und geplanten Umsiedlungen begleitet werden, führen nicht zu einer Erhöhung des Lebensstandards der tibetischen Bevölkerung.

Die Freie und Hansestadt Hamburg darf bei allen wirtschaftlichen Bestrebungen, Visionen und großer Begeisterung für die Volksrepublik China, nie ihre eigene unrühmliche Geschichte in der Zeit des Nationalsozialismus vergessen. Ungerechtigkeiten, Unterdrückung, Ausbeutung, Todesstrafen und Folter in der Volksrepublik China müssen deutlich benannt werden und dürfen nicht wegen vielversprechender Vertragsabschlüssen und einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung verschwiegen werden. Die Demonstration und Kundgebung am Internationalen Tag der Menschenrechte wird auch daran erinnern müssen.

China ist nicht nur Kultur, sondern auch Diktatur

(Thema einer Fotodokumentation *der Gesellschaft für bedrohte Völker und der Tibet Initiative Deutschland e.V., Regionalgruppe Hamburg* anlässlich der Chinawochen und Shanghai-Tage 2002 in Hamburg.)

„Das Elend Tibets ist eine der Tragödien des 20. Und 21. Jahrhunderts.“
Robert Webster Ford, London

Kontakt:

Helmut Steckel
Tibet Initiative Deutschland e.V. Hamburg
Mobil: 0160 / 55 26 356

Hinweis für Bildredaktionen:

50 tibetische Fahnen werden mitgeführt